



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

P/IX/268 - 26.11.1954

Hinweise
auf den Inhalt:

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 2 1831-33
Fernschreiber 039 890

Regierung und Kriegsofper	S. 1
Zum 80. Geburtstag Winston Churchills	S. 3
Koalitionswünsche in Bayern	S. 5
Die Vorgänge im Kieler Landtag	S. 6
Bürgermeisterwechsel in Bielefeld	S. 7

Die "wohlhabenden" Kriegsofper !

Von Kurt Pohle, M.d.B.

Wer in den letzten Monaten Gelegenheit hatte, an Kriegsofper- tagungen teilzunehmen, konnte mehrfach von hochhoffiziellen Regierungs- sprechern ein Brilliantfeuerwerk von Lobpreisungen auf das schwere Opfer der Hinterbliebenen und Beschädigten erleben. Die Redner der Regierungsparteien versprachen eine baldige Erhöhung der Kriegsofper- renten und ernteten besonders reichen Beifall, wenn sie in propheti- scher Sicht das Wirksamwerden der Erhöhungen noch vor Weihnachten in Aussicht stellten.

Und nun die Tatsachen: Im Juli des vorigen Jahres wurde im Bundes- tag der Antrag der SPD-Fraktion auf Erhöhung der Grundrenten nieder- gestimmt. Im April diesen Jahres wurde ein SPD-Antrag im Bundestag, die Summe von rund 1/4 Milliarde DM, in welchem die Ersparnisse in der Kriegsofperversorgung enthalten sind, im ordentlichen Haushalt zu be- lassen, um damit Verbesserungen in der Kriegsofperversorgung durchzu- führen, von allen Fraktionen der Regierungskoalition abgelehnt und die Summe verflüchtigte sich in den außerordentlichen Haushalt. Am 14. Juli 1954 raffte sich dann endlich der Bundestag einstimmig zu dem Beschluß auf, die Regierung zu ersuchen, dem Bundestag einen Gesetz- entwurf vorzulegen, durch welchen die Grundrenten und die Ehrenrenten in der Kriegsofperversorgung erhöht werden sollten.

Als vorweihnachtliche Überraschung wird nun durch die Presse be- kannt, dass die Bundesregierung diesen Gesetzentwurf vorlegen will,

das Ausmass der Erhöhungen jedoch erst nach der Feststellung gewisser Ruhevorschriften der Grundrenten bestimmt werden kann. Ein Deckungsvorschlag des Bundesfinanzministers geht nun dahin, dass die Grundrenten nichtbedürftiger Rentner aus der Kriegsopferversorgung für einige Jahre ruhen sollen. Die Grundrenten sollen bis zum 65. Lebensjahr ruhen, wenn nicht bis zu diesem Zeitpunkt bei den betroffenen Kriegsopfern andere Einkommensverhältnisse eintreten. Die Form der Zwangsparkasse taucht auf. Gleichgültig, wie die Vorschläge in ihren Einzelheiten gedacht sind, als Tatbestand stellt sich ein Lastenausgleich unter den Kriegsopfern heraus.

Kriegsopferausschuss strich Einkommensgrenze

Schon der Vorschlag der Bundesregierung zum Bundesversorgungsgesetz im Jahre 1950 sah eine Einkommensgrenze von 800,-DM monatlich vor. Der Bundesrat ging noch einen Schritt weiter und schlug vor, dass das Recht auf die Grundrente bis auf weiteres ruhen sollte, wenn das sonstige monatliche Einkommen bei Ledigen den Betrag von 400,- DM und bei Verheirateten und Witwen 500,- DM übersteigt. Diese Beträge sollten sich um 25,- DM für jedes unterhaltsberechtigtes Kind bis zum Höchstbetrag von 100,- DM erhöhen. Das stimmte selbst die Bundesregierung bedenklich und sie erklärte im Jahre 1950 zu den Vorschlägen des Bundesrates, dass sie ihn aus sozialen und politischen Gründen nicht für tragbar halte. Die finanziellen Einsparungen auf Grund des Vorschlages des Bundesrates dürften sich nach der damaligen Meinung der Bundesregierung und ihren Schätzungen auf höchstens 6 - 7 Millionen DM belaufen und die politischen Nachteile in keinem Falle aufwiegen. Der Kriegsopferausschuss des Bundestages strich die Einkommensgrenze aus wohlwogenden Gründen dann ganz und der Bundestag schloss sich diesem Streichungsvorschlag an. Ausschlaggebend war die Erkenntnis, dass die Grundrente jedem Beschädigten zukommen müsse, da er infolge seines Körperschadens Mehraufwendungen hat.

Wird die Einkommensbegrenzung Wirklichkeit, dann ist mit der Durchführung der Ruhevorschriften eine Verwaltungsarbeit verbunden, die in keinem Verhältnis zu den eingesparten Beträgen steht. Neue Formulare in verschiedenen Farben, ein steter Strom von Einkommensveränderungsanzeigen und Prüfbeamte, die von der Durchführung echter Versorgungsaufgaben ferngehalten werden - das dürften die einzigen positiven Er-

gebnisse einer solchen Regelung sein.

Immer wieder: der Generaldirektor

Die Zahl der Grundrente beziehenden "Generaldirektoren", die so oft ins Feld geführt werden, dürfte wirklich sehr klein sein. Wenn man dem Redakteur einer Zeitung, der ein Bein verloren hat, die monatliche Grundrente nimmt oder wenigstens einen Teil davon ruhen läßt, lege man ihm zu seinem täglichen Bewegungsoffer noch das Unrecht auf, dass er gegenüber seinem bei der gleichen Zeitung beschäftigten und das gleiche Einkommen beziehenden unbeschädigten Kollegen die Mehraufwendungen, die seine Beschädigung verursacht, auch noch selbst tragen muß.

Man sieht sie, den Stock als Stütze gebrauchend, täglich den mühseligen Weg zur Arbeitsstelle zurücklegen. Im Krankenfahrstuhl bewegen sich viele täglich von der Wohnung zur Arbeitsstelle. Arbeit ist ihnen Lebensinhalt. Haben wir für diese Opfer des Krieges nur noch den Einkommensprüfer als Anerkennung, damit ja rechtzeitig bei einer Überschreitung der Einkommenshöchstgrenze die Grundrente oder ein Teil davon zum Ruhen gebracht werden kann?

* * *

Henker bieten sich an

B.St. Die Henker sind schon vorhanden, fehlt nur noch die Todesstrafe.

Ein Bäcker, ein Schuhmacher und ein Dentist haben einer Meldung der "Kölnischen Rundschau" zufolge bei den politischen Parteien und im Bonner Bundeshaus bereits die Möglichkeiten sondiert, die sich ihnen dort für einen Berufswechsel bieten. Diesen drei Zeitgenossen ist die Vorliebe für eine ganz bestimmte, im allgemeinen nicht als ehrenhaft angesehene "Handwerkerzunft" gemeinsam: Sie wollen, für den Fall, dass die von einem Teil der Regierungskoalition ausgehende Initiative für eine Wiedereinführung der Todesstrafe Erfolg haben sollte, als hauptamtliche staatliche Henker fungieren.

Was mag es sein, was den dreien diesen Beruf so erstrebenswert erscheinen läßt?

Wahrscheinlich handelt es sich bei den drei voreiligen Bewerbern für das Henkeramt um beruflich gescheiterte Existenzen, die sich nach einem ertragreichen und ihrer Meinung nach zukunftssträchtigen neuen "Job" umsehen. Im Interesse der Humanität ist zu hoffen, dass diejenigen Bundestagsabgeordneten, die solchen zweifelhaften Elementen Arbeitsbeschaffungsdienste zu leisten bereit sind, auch weiterhin nur eine Minderzahl ausmachen, und auf diese Weise dem Schuhmacher bei seinem Leisten, dem Bäcker bei seinen Brötchen und dem Dentisten bei seinem Zahnbohrer zu bleiben Gelegenheit gegeben wird.

* * *

Lebensbild eines großen Kämpfers

Von unserem London - Korrespondenten

Am 30. November wird Winston Churchill
80 Jahre alt.

Als historische Erscheinung verkörpert Sir Winston Churchill die besten Charaktereigenschaften des englischen Volkes. Hartnäckigkeit einer Bulldogge, Unbeirrbarkeit auf dem einmal als richtig erkannten Wege, unerschöpfliche Tatkraft, alles das gepaart mit einer brillanten Begabung zeichnet diesen Mann aus, der als Redner, Schriftsteller und Politiker über das Mittelmaß seiner Zeitgenossen hinausragt.

David Lloyd George, der große englische Premier des ersten Weltkrieges, bemerkte einmal: "Wenn Churchill eine Rede gehalten hat, denkt er, er habe eine Schlacht gewonnen". Das war eine witzige Bemerkung des großen Liberalen, eines der größten Redetalente unseres Jahrhunderts. Aber sie stimmt auch. Denn für Churchill war Zeit seines Lebens jede Rede eine Aktion. Er verbandte und verwendet noch Tage, oft Wochen auf die Vorbereitung einer Rede, jeder Gedanke, jedes Wort wird gewogen und umredigiert. Dann lernt er die Rede auswendig und hält sie meisterhaft wie ein großer Schauspieler. Churchill reden zu hören und zu sehen, ist ein Genuss. Solange man im englischen Volke vom zweiten Weltkriege sprechen wird, solange wird man Churchills berühmte Rede erwähnen, in der er nichts als "Blut, harte Arbeit, Tränen und Schweiß" versprach.

Noch ehe er aber das englische Volk mit seiner ersten Unterhausrede (1900) aufhören liess, hatten seine Bücher über den Grenzkrieg in Indien und über den ägyptischen Feldzug von 1898, denen er als Kavallerieoffizier beiwohnte, seinen Ruf als Schriftsteller begründet. Seine späteren Werke, wie sein "Marlborough", die vier Bände der "Weltkrise 1914-18" und seine umfangreichen Weltkriegsmemoiren werden Standardwerke der Weltliteratur bleiben.

Für Iren und Russen verdächtig

Churchills politische Laufbahn begann mit seiner Wahl zum Unterhausabgeordneten im Jahre 1900. Für Jahrzehnte blieb er eine der unstrittensten Figuren der britischen Politik. Als leidenschaftlicher Anhänger des Freihandels verliess er die Konservativen und wurde schon 1906 im liberalen Kabinett Campbell-Bannerman Unterstaatssekretär für die Kolonien. Seitdem hat er fast alle Regierungsportfolios verwaltet.

Heute ist es Mode geworden, aus den Regierungstaten des Achtzigjährigen vor allem das zu erwähnen, was als Entwicklungsstufen zu seiner heutigen Stellung gelten darf. Gewiss, als Kolonial-Staatssekretär trat er für die liberale Behandlung der besiegten Buren und für die Selbstregierung der Transvaal- und Orange-Fluss-Kolonien ein. Als Innenminister zeichnete er 1908 verantwortlich für die Einführung von Arbeitsämtern und für ein Gesetz über Mindestlöhne in gewissen Industriezweigen, fortschrittliche Maßnahmen, mit denen die liberale Ära sich von der verständnislosen Autokratie der viktorianischen Zeit ab-

wandte. Auch sein Eintreten für "Home Rule" in Irland in den Jahren vor dem ersten Weltkriege gehört in diese seine liberale Epoche. Nur darf man nicht vergessen, dass er nach Kriegeschluss als Kriegsmilitarist die "Black and Tans", wie die Iren die verhassten britischen Truppen nannten, zur Unterdrückung von Revolten nach Irland sandte, fast zur gleichen Zeit, als er die britische Armee in Archangelsk gegen die bolschewistische Revolution marschieren liess. Für Iren und Russen blieb Churchill deswegen für alle Zeiten verächtlich. Und die englischen Gewerkschaftler und Sozialisten konnten ihm die Art, wie er den Generalstreik bekämpfte, nicht vergessen.

Weltgeschichtliche Entscheidungen

Wahrscheinlich wäre Churchill ohne den Ausbruch des zweiten Weltkrieges bald vergessen worden. Die große Kontroverse über das von ihm 1915 betriebene Dardanellenabenteuer, die ökonomisch fatalen Folgen seiner Gold-Standard-Finanzpolitik, die er als Schatzkanzler von 1924 bis 1929 befolgt hatte, waren schon verklungen. Als Sechzigjähriger verwaltete Churchill kein Regierungsamt. Die konservative Partei und ihre Führung misstraute ihm. Seine Warnungen gegen die Expansionsgefahr des Nationalsozialismus fanden kein Gehör bei der Regierung. Aber das englische Volk erinnerte sich schnell bei Ausbruch des Krieges daran, dass Churchill in seinen Reden die Antwort auf das Gebot der Stunde gegeben hatte. Als die deutschen Truppen im Mai 1940 die Niederlande überrannten, mußte Neville Chamberlain gehen. Eine nationale Koalition sollte gebildet werden. Die Labourparty erklärte, sie könne nicht unter Chamberlain daran teilnehmen. Aber sie akzeptierte Churchill als Kriegsführer, dem sie innenpolitisch bis dahin mißtraut hatte. Churchills Entscheidungen im zweiten Weltkriege haben Weltgeschichte gemacht.

Auch innenpolitisch wuchs er dem Gebot der Stunde folgend über seine früheren Begrenzungen hinaus. Wie er oft rühmend hervorgehoben hat, waren seine bewährtesten Helfer Herbert Morrison als Innenminister und Chef des zivilen Luftschutzes, Ernest Bevin als Arbeitsminister und Leiter des Kriegseinsatzes, sowie Clement Attlee als Stellvertreter des Premierministers. Selbst nach seinem Sturz nach den Wahlen 1945 blieb er diesen Männern in persönlicher Freundschaft verbunden, so sehr sein persönlicher politischer Ehrgeiz durch die Absage der Wählerschaft auch gelitten hatte. Die in der Kriegszeit begonnenen sozialen Reformen waren dem Dank, den Churchills Führung nach England der treuen Mitarbeiterschaft der aufstrebenden Arbeiterklasse schuldete. So war es nicht verwunderlich, dass nach seiner Rückkehr an die Regierung im Herbst 1951 an den Grundlagen des Wohlfahrtsstaates nicht gerüttelt wurde.

Verkörperung der britischen Nation

Wie man aus Churchills Reden und Taten herauslesen kann, liegt ihm nichts mehr am Herzen, als die Größe der britischen Nation für die Zukunft auf einer dauerhaften Freundschaft mit der amerikanischen Schwesternation zu fundieren. Das war seine große Lämie schon während des Weltkrieges. Als Sohn einer Amerikanerin liegt ihm diese Politik auch gefühlsmässig nahe.

Churchills schöpferische Natur, sein Ehrgeiz, sein Hang zu künstlerischer Betätigung, ob als Maler, Schriftsteller, Redner oder Politiker, runden das Bild eines überaus glücklichen Mannes ab. Und seine Schwächen, - er kann eitel und leicht verletzbar sein wie eine Diva, er liebt gute Zigarren und Getränke, er bevorzugt bei Stellenvergebung Freunde und Familienmitglieder - bringen den Grand Old Man auch dem gewöhnlichen Sterblichen menschlich nahe. Auch jene Hälfte der Nation, die bei Wahlen gegen ihn und seine Politik stimmt, bewundert in ihm eine einzigartige Erscheinung und eine liebenswerte Persönlichkeit.

"Regierungsgeschäft" in Bayern

Von unserem bayerischen Mitarbeiter

Der Bundeskanzler ist, das pfeifen die Spatzen von allen bayrischen Dächern, nicht nur als Propagandist für die CSU nach Bayern geeilt, sondern er hat auch recht deutlich seine Wünsche für die kommende Regierungskoalition in Bayern angemeldet. München vor allem, wo Adenauer vor besonders geladenen Wirtschaftlern sprach, ist auch der Schauplatz solcher Gespräche gewesen. Die CSU-Förderalisten haben gesenkten Hauptes den dringenden Wunsch des Bundeskanzlers und Außenministers Adenauer vernommen, endlich auch in Bayern eine sozialistenreine Regierung zu schaffen. Das beifällige Kopfnicken der Wirtschaft bot die entsprechende Kulisse.

Aber nicht nur der Bundeskanzler, sondern auch FDP-Chef Dr. Dehler hat seine Stimme - voller Bonner Koalitionstreue - schon erhoben. In einem Interview erklärte er: "Trotz schwerster kulturpolitischer Bedenken sehe ich keinen besseren Weg dafür..... als eine Koalition mit der CSU und der BP zu bilden." Dehler beteuert zwar, dass er die SPD keineswegs auf die Dauer von der "aktiven Einflussnahme auf die Staatsgestaltung" ausschliessen möchte, aber so lange die SPD sich so verhalte, wie zur Zeit, sei die Stunde nicht gekommen.

Über diese Erklärung Dr. Dehlers war die Landtagsfraktion der FDP selbst am meisten überrascht. Sie liess auch sofort eine Erläuterung zu den Äußerungen ihres Parteichefs verlautbaren. Letztlich bestimmte nicht Dr. Dehler, hiess es darin, sondern die Landtagsfraktion, mit wem und ob überhaupt die FDP eine Regierung in Bayern bildet. Man möchte natürlich erst einmal über die Wahl hinwegkommen, denn der Wähler könnte sonst auf den dummen Gedanken kommen, dass es mit den kulturpolitischen Angriffen der FDP gar nicht so ernst gemeint ist.

Zu all diesen Dingen munkelt man aber in München auch, dass die "Volkswirtschaftliche Gesellschaft" recht eindeutige Forderungen an die Hergabe der Wahlgelder geknüpft hat. Man habe nämlich die restliche Auszahlung davon abhängig gemacht, dass die Parteien eine Regierung ohne die SPD zustande bringen. Ob diese Rechnung aufgeht, steht allerdings nicht fest, da die Wähler dabei auch ein Wörtchen mitzureden haben.

* * *

Warnungssignale aus Schleswig-Holstein

ap - Aus dem Präsidium und dem Ältestenrat des Landtages in Schleswig-Holstein hat die Sozialdemokratie ihre Vertreter aus Protest gegen das schamlose, allem parlamentarischen Brauch und Recht widersprechende Verhalten der aus CDU, FDP und BHE bestehenden Koalition zurückgezogen. Dieser schwerwiegende und in der deutschen Nachkriegszeit einmalige Schritt fiel der SPD-Fraktion nicht leicht, aber er war die unvermeidliche Folge der Weigerung der Landtagsmehrheit, der SPD die ihrer Stärke entsprechende Zahl von Ausschussvorsitzenden zuzubilligen.

Bei der Wahl des Landtagspräsidenten wurde die SPD, entgegen allen parlamentarischen Gepflogenheiten, schon einmalübergangen. Mit rund 400 000 Stimmen, die auf diese Partei bei der letzten Landtagswahl entfielen, ist sie auch die grösste Partei dieses Landes, obgleich sich ihr Stimmenvorsprung im Vergleich zur CDU nicht in einem Mehr von Mandaten ausdrückt. Beide Parteien nehmen im Landtag 25 Sitze ein. Nach bewährter Tradition hätte der sozialdemokratische Kandidat Karl Ratz das Präsidentenamt bekleiden müssen, umso mehr, als ihm auch der erbittertste Gegner bescheinigen müsste, dass Ratz, ein von der ganzen Bevölkerung hochgeschätzter Mann, als Landtagspräsident vorhergehender Landtage sich in seiner Führung objektiv und unparteiisch verhalten hat.

Man weiss, wie in Kiel die gegenwärtige Koalition nach langem Tauziehen zustande kam. Die Bonner Weisungen gaben den Ausschlag. Der Preis für diese unnatürliche und den Wählerwillen verfälschende Koalition - die CDU hatte im Vergleich zu den Bundestagswahlen beinahe die Hälfte des Wählerbestandes verloren - war und ist die Preisgabe aller guten parlamentarischen Sitten.

Zunächst wurden Parlamentsausschüsse von neun auf 13 erhöht, um, wie es hiess, die Arbeiten des Landtages und seiner Ausschüsse zu aktivieren. Bald stellte es sich jedoch heraus, dass dies nicht der eigentliche Grund war, vielmehr war dies der Weg, die Machtansprüche der Koalitionspartner zu befriedigen. Die Gerechtigkeit und parlamentarisches Verantwortungsgefühl hätten es erfordert, den Sozialdemokraten eine ihrer Stärke entsprechende Zahl von Ausschussvorsitzenden zu belassen, um sie fester an die parlamentarische Beteiligung zu binden. Das lag jedoch nicht im Sinne der Regierung von Kassel. Sie sieht in der Führung des Landtages ein automatisches Instrument der Regierungsmehrheit und

, nicht die von der Exekutive unabhängig sein sollende Volksvertretung. Das bedeutet die Korruptionierung der Volksvertretung als Institution.

Es ist bezeichnend und zeugt für das schlechte Gewissen, dass der CDU-Sprecher Mohr keine Begründung für die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages gab, die Besetzung der Ausschüsse nach dem d'Hondtschen-Verfahren vorzunehmen. Aber noch schlimmer: führende Abgeordnete der Regierungsparteien ersuchten den NWDR, der die Sitzung des Landtags übertragen hatte, die Rede des sozialdemokratischen Oppositionsführers nicht zu übertragen. Der Rundfunk bewies mehr Fairness. Er lehnte dieses Ansinnen als unzumutbar ab. Loyalität und Toleranz stehen im Kieler Landtag nicht hoch im Kurs, sie sind zu inhaltslosen Begriffen geworden. Schleswig-Holstein kann nun als einziges Land in der Bundesrepublik für sich den traurigen Ruhm in Anspruch nehmen, durch einen brutalen Machtmißbrauch die Vertreter eines Drittels der Bevölkerung in ihrer parlamentarischen Arbeit zu behindern.

Soll Schleswig-Holstein in der Zersetzung des Parlaments und der Ausschaltung der Opposition Schrittmacher sein? Die Vorgänge im Kieler Landtag sind ein Warnungszeichen. Sie deuten den Weg an, den die Parteien rechts von der Sozialdemokratie zu beschreiten gewillt sind; es ist ein Weg, der alle um die Zukunft der Demokratie und unseres Volkes besorgten Bürger mit Empörung und Unruhe erfüllen muß.

* * *
SED ohne Jugend

Eine Analyse der SED Bezirksleitung in Magdeburg unterstreicht, dass es der SED in den letzten neun Jahren bis heute nicht gelungen ist, Einfluss auf die Jugend zu bekommen. Als schwächster Punkt werden die Jahrgänge zwischen 1919 und 1930 bezeichnet. Etwas stärker sind die 16 - 19 jährigen vertreten. Es handelt sich dabei um frühere oder noch tätige FDJ-Funktionäre, die erfahrungsgemäß in der SED und vor allem in den Verwaltungs- und Wirtschaftsfunktionen eine Entwicklung durchmachen, die völlig im Ungewissen liegt. Bezeichnend ist weiter, dass sich das soziologische Bild der SED trotz aller Bemühungen immer wieder verschlechtert. Es ist bis heute der SED immer noch nicht gelungen, den Anteil der Arbeiter in dieser sogenannten "Arbeiterpartei" zu erhöhen. Der Anteil der Angestellten von Verwaltungen und Verwaltungsbetrieben, nimmt demgegenüber immer weiter zu. Damit aber stützt sich die SED immer eindeutiger auf eine Schicht von Mitläufern.

Eine Gemeinschaft zerfällt

H.C. Bei den Kommunalwahlen im November 1952 zogen in Bielefeld alle politischen Parteien der Stadt unter dem Motto "Die Parteidiktatur im Rathaus muss gebrochen werden, die rote Hochburg Bielefeld ist im Interesse einer vernünftigen Kommunalpolitik zu beseitigen" in den Wahlkampf. Die Sozialdemokratie blieb trotz der massiven und vereinten Anstrengungen die stärkste Partei, da die Wähler die Leistungen sozialdemokratischer Kommunalpolitik wohl zu würdigen wussten. Doch die Parteien rechts von der Sozialdemokratie schätzten diese Leistungen nicht hoch ein und zogen geschlossen unter der Firmierung "Gemeinschaftsfraktion" in den Rat. Sie erhielten zwei Sitze mehr als die SPD. Damit auch "die Beseitigung der roten Politik im Interesse der Bürger" vollkommen war, verwehrte man der stärksten Fraktion, der SPD, das demokratische Recht, den Oberbürgermeister zu stellen. ("Gemeinschaftsfraktion", die alle selbständigen Parteien umfasst, kann wohl rechtlich kaum als Fraktion bezeichnet werden). Gewählt wurde Dr. Kohlhasse (FDP).

Dass man mit den Leistungen von Dr. Kohlhasse selbst in der "Gemeinschaftsfraktion" nicht zufrieden war, wusste bald ganz Bielefeld. Auch die Wähler vermissten die laut verkündete Initiative. Nun sind zwei Jahre vergangen, und der Oberbürgermeister wurde neu gewählt. Dass man nun wieder den ehemaligen sozialdemokratischen Oberbürgermeister Artur L a d e b e c k, MdB, wählte, hat doch wohl den kühnsten Optimisten in Erstaunen gesetzt. Die Enttäuschung über die Arbeit ihres Oberbürgermeisters muss bei einzelnen Mitgliedern der "Gemeinschaft gegen die Marxisten", wie es bei den Wahlen 1952 hiess, doch sehr gross gewesen sein.

Neben der Anerkennung der Leistung von Artur Ladbeck, der vor 1952 jahrelang Oberbürgermeister in Bielefeld war, die diese Wiederwahl ausdrückt, bringt dieses Ergebnis aber auch eine Anerkennung sozialdemokratischer Kommunalpolitik. Um vorwärts zu kommen, braucht man eben in einem Gemeinwesen sozialdemokratische Initiative. Es ehrt die Bielefelder Stadtverwaltung, danach gehandelt zu haben.

Verantwortlich: i.V. Albert Exler